

**Antrag 16/I/2020****AfA Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt (Konsens)****Verteidigung und Wiederherstellung der Flächen- und Branchen-Tarifverträge, für das uneingeschränkte gewerkschaftliche Streikrecht**

1 Der Flächen- bzw. Branchentarifvertrag ist das zentrale In-  
 2 strument zur Aufhebung bzw. Einschränkung der Lohn-  
 3 konkurrenz zwischen den abhängigen Beschäftigten wie  
 4 zwischen den Unternehmen. Er schafft soziale Sicherheit,  
 5 Rechtssicherheit und er bildet die Gestaltungsgrundlage  
 6 für die Arbeitsbeziehungen. Der Flächentarifvertrag als  
 7 Rückgrat des Tarifsystems ist zunehmend bedroht. Die  
 8 SPD Berlin unterstützt den Kampf für die Verteidigung der  
 9 Flächen- bzw. Branchentarifverträge und ihre Rückerobe-  
 10 rung, um den durch die AgendaReformen befeuerten Un-  
 11 terbietungswettbewerb zu bekämpfen.

12

13 Die (Re)Integration der ausgegliederten Bereiche in die  
 14 Flächen- und Branchentarifverträge, die Eroberung dieser  
 15 Tarifverträge für viele tarifvertragsfreie Zonen stärkt die  
 16 Tarifbindung. Sie ist eine der zentralen Herausforderun-  
 17 gen der Gewerkschaften. Nur so können gute Lohn- und  
 18 Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten gesichert und  
 19 damit die Teilhabe der Beschäftigten am gesellschaftlich  
 20 erwirtschafteten Wohlstand gesichert werden. Sie ist da-  
 21 mit konstitutiver Bestandteil der Demokratie.

22

23 Vor dem Hintergrund unterstützt die SPD Berlin die Kämp-  
 24 fe von Belegschaften.

25

26 Zugleich setzt sie sich ein, dass eine Verbesserung des  
 27 institutionellen Rahmens des Tarifsystems durchgesetzt  
 28 wird. Dies ist zum Beispiel durch eine substanzielle  
 29 Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitsregelungen  
 30 (AVE) zu erreichen. Dazu gehört auch der Kampf für die  
 31 Aufhebung von Gesetzen, die ein faktisches Lohndiktat  
 32 bedeuten, wie z.B. das DRG-System im Gesundheitswe-  
 33 sen oder die "Zumutbarkeitsregeln" unter den Hartz-  
 34 Gesetzen.

35

36 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass im Verantwor-  
 37 tungsbereich des öffentliche Sektors die Branchen- und  
 38 Flächentarifverträge, d.h. TV-L und TVöD, überall voll zur  
 39 Geltung kommen. Sie sind der Mindeststandard.

40

41 Gesetzliches Verbot von Tariffucht durch Ausgründung  
 42 und Outsourcing: Alle Formen der Ausgründung und des  
 43 Outsourcing in privaten und öffentlichen Unternehmen  
 44 führen mit Zersetzung der großen Flächentarifverträge  
 45 letztendlich zu einer Spaltung der Belegschaft und zu  
 46 einer Konkurrenz zwischen den Mitarbeiter\*innen. Aus-  
 47 gründungen und Outsourcing zerschlagen nicht nur in-

**LPT I-2020 – Überweisen an AfA, FA VII – Wirtschaft und  
 ArbeitStellungnahme FA VII – Wirtschaft und Arbeit:** Hier-  
 zu schlägt der FA VII die Zusammenführung zu einem  
 gemeinsamen Antrag der Antragstellenden und FA VII  
 vor.Ziel: Leitantrag für II/2021 oder I/2022**Wir bitten die  
 Antragskommission, die Überweisung aufrecht zu erhal-  
 ten.LPT II/2021 - vertagt**

48 nerbetriebliche Strukturen, sondern vor allem auch ge-  
49 werkschaftliche.

50

51 Die Zerstörung des Systems der Branchen- und Flächen-  
52 vertragssystems wie sie Arbeitgeberpräsident Ingo Kra-  
53 mer mit seinen Vorschlägen zu modularen Tarifverträgen“  
54 vorschlägt, lehnt die SPD Berlin ab, genauso wie Regie-  
55 rungsvorschläge, die Unternehmer für den Abschluss von  
56 Tarifverträgen mit Steuererleichterungen und dem Recht  
57 auf Öffnungsklauseln zu belohnen.

58

59 Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass gegen Regierungs-  
60 maßnahmen und Unternehmensentscheidungen zur Tar-  
61 rifflicht das uneingeschränkte Streikrecht gelten muss.

62

### 63 **Begründung**

64 Der eklatante Rückgang der Wirkung der Flächen- und  
65 Branchen-Tarifverträge in Deutschland und das massive  
66 Ausmaß von Tarifflicht und Durchsetzung der verschie-  
67 densten Formen deregulierter, prekärer Arbeitsverhältnis-  
68 se in den letzten drei Jahrzehnten ist nicht nur politisch ge-  
69 duldet, sondern politisch, im Namen der „Wettbewerbsfä-  
70 higkeit“ des deutschen Kapitals, organisiert worden.

71

72 Der „Rückgang der Tarifbindung“ ist kein naturgegebe-  
73 ner Prozess. Er ist Ergebnis der Privatisierungspolitik, die  
74 in der „Ära Kohl“ insbesondere in den 90er Jahren die  
75 großen staatlichen Unternehmen (Bahn, Post, Telekom,  
76 aber auch Krankenhäuser und soziale Einrichtungen) dem  
77 Markt ausgeliefert hat, der zerstörerischen Agenda 2010  
78 der Regierung Schröder mit den Hartz-Gesetzen 2004  
79 zur Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und Zersetzung  
80 der Schutzfunktionen der Arbeitslosenversicherung, der  
81 Schuldenbremse (seit 2009 im Grundgesetz verankert)  
82 als Mittel, den Druck zur Privatisierung öffentlicher Da-  
83 seinsvorsorge zu erhöhen. Diese Politik fand ihre Fortset-  
84 zung in der Agenda-Politik in der Großen Koalitionsregie-  
85 rung.

86

87 Diese Politik der „Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit“  
88 hat es den Unternehmern erlaubt, erhebliche Teile der  
89 Produktion in Billiglohnländer zu verlagern, Unterneh-  
90 men spekulativem Finanzkapital („Heuschrecken“) auszu-  
91 liefern, massiv Leiharbeit und Befristungen einzuführen,  
92 tiefgreifende Umstrukturierungen auf dem Rücken der  
93 Arbeitnehmer\*innen vorzunehmen usw.

94

95 Die politisch gewollte Schaffung eines riesigen Niedrig-  
96 lohnsektors, mit den Hartz-Gesetzen als zentralem Mit-  
97 tel, hat die arbeitende Bevölkerung zutiefst gespalten. Die  
98 Deregulierung der Arbeitsverhältnisse und die Erosion der  
99 Tarifverträge sind lediglich zwei Seiten ein und derselben  
100 Medaille. Der Kampf gegen prekäre Arbeit und der Kampf

101 für die Wiedereroberung der Flächen- und Branchentarif-  
102 verträge sind nicht getrennt, sie sind ein Kampf.  
103  
104 Zunehmend organisieren sich Kolleginnen und Kollegen,  
105 um tariflose Zustände und willkürliche Lohnverhältnisse  
106 zu überwinden. Viele Kolleginnen und Kollegen – bis in die  
107 mittleren Gehaltsgruppen hinein – spüren, dass ihre Löh-  
108 ne nicht mehr reichen, um ihnen eine Rente zu garantie-  
109 ren, die sie vor Armut im Alter schützt. Dies, und die Empö-  
110 rung über die Spaltung der Belegschaften über beliebige  
111 Löhne und die wachsende soziale Ungerechtigkeit allge-  
112 mein, haben dazu geführt, dass sie nach den Mitteln des  
113 Kampfes greifen.